



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 22. November 2015

PRESSEINFORMATION

Fehlende Aktivitäten gegen Gefahren der Herkulesstaude: Witzel will Bekämpfung der Giftpflanze erreichen

Die Bekämpfung der Herkulesstaude in Essen, auch als Riesenbärenklau bekannt, hat der FDP-Landtagsangeordnete Ralf Witzel aktuell im Landtag thematisiert, nachdem die bis vor einigen Jahren noch nahezu unbekannte invasive Pflanze zunehmend zum Ärgernis für immer mehr Bürger in der Stadt wird. Grund ist die massive, fast explosionsartige Ausbreitung der ursprünglich aus dem Kaukasus stammenden Giftpflanze, die in der Folge dazu führt, daß immer mehr Menschen und Tiere schlimme Verletzungen durch Berührungen bei Licht erleiden. Es ist seit langem offenkundig, daß die Stadt mit ihren Möglichkeiten allein nicht in der Lage ist, der Herkulesstaude Herr zu werden.

„Doch nun hat auch das Land einen klaren Offenbarungseid in dieser Frage geleistet“, stellt Witzel nach Lektüre der Antwort der Landesregierung auf seine Initiative nüchtern fest. Der FDP-Politiker hat das Land im Rahmen von dessen Zuständigkeit für die Grünflächenpflege am Rande der Landesstraßen und Bundesautobahnen sowie auf Grundstücken im Landeseigentum mit in die Verantwortung einbeziehen wollen.

Bau- und Verkehrsminister Michael Groschek stellt dazu fest: „Zur Verbreitung der Herkulesstaude auf Landesliegenschaften liegen der Landesregierung keine genauen Kenntnisse vor. Allerdings sind Probleme im Bereich von Landesliegenschaften (Wasserwirtschaft) zum Beispiel in der Ruhraue bekannt.“

Ferner trägt die Landesregierung vor, daß es seitens des zuständigen Landesbaubetriebs BLB im Jahr 2015 auf dessen Liegenschaften in Essen keinerlei Aktivitäten zur Eindämmung oder Beseitigung der Herkulesstaude gegeben habe.

Insgesamt sei die Herkulesstaude zu weit verbreitet, eine vollständige Tilgung als Bekämpfungsziel ist daher laut Landesregierung ohnehin nicht realistisch.

Witzel kritisiert, daß die Stadt Essen also weiterhin mit der Bekämpfung der Herkulesstaude vom Land alleine gelassen wird, zumal Essen von 2010 bis 2015 keine finanziellen Mittel aus dem Naturschutzhaushalt des Landes gegen diese Giftpflanze zugewiesen worden sind. In den Regionen Duisburg, Oberhausen, Mülheim und Essen wurden durch den Landesstraßenbetrieb in diesem Zeitraum insgesamt lediglich 45.000 Euro für die Beseitigung sämtlicher Neophyten aufgewandt.

„So ist auch im kommenden Frühjahr und Sommer davon auszugehen, daß etliche Essener, die auf Rad- und Wanderwegen oder im Grünen unterwegs sind, Opfer der Giftpflanze werden können und dann von Verbrennungen bis dritten Grades betroffen sind“, faßt Witzel die Konsequenzen aus der rot/grünen Untätigkeit zusammen.